58. Jahrgang. № 163. Sonntag, 14. Juni 1914.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,25 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 50 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25241
Nachtanschluß: 20011.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Dreiring.

Mercedes die beste u. solideste Schreibmaschine. Generalvertreter: M. & R. ZOCHER, DRESDEN, Annenstr. 9 – Ecke Am See. Sonderabtlg.: (Postplatz) Wallstr. 1, 1 Treppe.

Dresdner Feldschlösschen-Lager bleibt unübertroffen!

Zacherlin – aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser

am Sonntag morgen.

Die Königl. Generaldirektion der Hoftheater gibt das Programm der Hofoper für die nächste Spielzeit bekannt.

Die Dresdner Singakademie hat sich gestern abend gebildet; zum ersten Vorsitzenden wurde Jean Louis Nicodé gewählt.

Der Dreieckflug hat dazu geführt, daß bereits für das Frühjahr 1915 ein neuer Wettbewerb kleiner, leichter und schneller Flugzeuge geplant wird.

Eine Konferenz über die Regelung des Patentrechtes findet am 15. und 16. Juni im Reichsamt des Innern statt.

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm den Antrag auf Vertagung vom 16. Juni bis 10. November an, wobei es zu einer längeren Geschäftsordnungdebatte kam.

Der Großschiffahrtsweg Berlin Stettin wird die Bezeichnung Hohenzollern-Kanal erhalten.

Die Parseval-Luftschiffwerft in Bitterfeld erhielt von der englischen Marineverwaltung den Auftrag auf Lieferung eines Marine-Luftschiffes.

In mehreren größeren Städten Italiens kam es zu Kundgebungen gegen die Anarchisten, dagegen nahm in den kleineren Städten die anarchistische Bewegung zu.

Die englische Polizei hat im Norden von London ein neues Hauptquartier der Frauenrechtlerinnen entdeckt und Schriftstücke beschlagnahmt.

Der albanische Ministerrat hat beschlossen, an die Aufständischen ein Ultimatum zu richten.

Die Mächte haben in Konstantinopel Schritte unternommen, um die Pforte zu einem Nachgeben gegenüber Griechenland zu veranlassen.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Meist östliche, aber rasch wechselnde Winde; vorwiegend heiter; sehr warm; Gewitterneigung; meist trocken.

Kabinett Nr. 57 frei!

Präsidentschaftskrise?

Es war doch mehr als ein Sturm im Glase Wasser, den die Radikalen und Sozialisten für die erste Vorstellung des Kabinetts Ribot im Parlament angekündigt hatten. Die Gegner des Dreijahrsgesetzes gaben dem neuen Ministerpräsidenten keinen Pardon, sondern rückten in geschlossener Kolonne unerbittlich gegen ihn heran und ruhten nicht eher, als bis das Opfer am Boden lag. Damit ist das 56. Kabinett seit dem Bestehen der dritten Republik gefallen, und das 57. steht in Aussicht. Für die Verwirrung der Lage ist der Umstand kennzeichnend, daß gleich von vornherein der Name Viviani wieder aus der Versenkung emporsteigt. Dieser frühere Unterrichtsminister hatte bekanntlich vor Herrn Ribot eine Regierung zusammengesetzt, mußte dann aber Hals über Kopf noch vor der endgültigen Einführung seines Kabinetts aus der Arena flüchten, nachdem die Radikalen an ihn die kategorische Forderung der Aufhebung des Dreijahrsgesetzes gerichtet hatten. Darauf winkte Herr Viviani mit einer großen Geste ab und erklärte bündig, er könne nie und nimmer die Verantwortung für einen solchen Verrat an der nationalen Verteidigung auf sich nehmen. Und nun sieht man sich bei unseren westlichen Nachbarn wieder nach diesem selben Staatsmann um? Das ist denn doch eine blutige Ironie, die in äußerst drastischer Weise die hilflose Verlegenheit der republikanischen Machthaber in die Erscheinung treten läßt.

Auf radikaler Seite erwartet man offenbar, daß Herr Viviani diesmal mit sich reden lassen und mit Bezug auf die brennende Tagesfrage sagen werde: „Hier stehe ich. Ich kann auch anders!" Die Bewegung gegen das Dreijahrsgesetz hat bereits so weit um sich gegriffen, daß selbst seine bisherigen fanatischsten Verteidiger nunmehr mit sich handeln lassen und auf das letzte Viertel des dritten Jahres zu verzichten gewillt sind. Ein solches Einlenken aber bedeutet schon den Anfang vom Ende. Die beiden stärksten und bestorganisierten Kammerfraktionen des Republikanismus, die Radikalen und die Sozialisten, haben in dieser Frage in so augenfälliger Weise ihre Macht gezeigt, daß kaum noch irgendeine Möglichkeit vorhanden ist, gegen ihren Willen das Dreijahrsgesetz im vollen Umfange zu verwirklichen. Dabei liegt die Stärke des von dieser Seite ausgehenden Widerstandes besonders darin, daß er nicht bloß von antimilitaristischen Erwägungen getragen wird, sondern zum guten Teil seinen festen Grund in den tatsächlichen Schwierigkeiten hat, die der Durchführung des Dreijahrsgesetzes entgegenstehen und die hauptsächlich in der Schwäche der Bevölkerung wurzeln. Wenn Frankreich seinen Bevölkerungsrückstand gegenüber Deutschland ernstlich durch eine verlängerte Dienstzeit fortgesetzt ausgleichen wollte, dann dürfte es bei der dreijährigen Dienstzeit nicht stehen bleiben, sondern müßte die Dauer der Dienstzeit fortwährend hinaufschrauben. Das würde zu unmöglichen Zuständen führen. Es bliebe dann nur noch der weitere Weg offen, das den Franzosen fehlende Menschenmaterial durch um so größere militärische Kraftanstrengungen des verbündeten und mit unerschöpflichem Menschenreichtum gesegneten Rußland zu ergänzen. Dazu müßten aber den Russen außer den bereits gelieferten 10 Milliarden guten französischen Geldes noch weitere ungezählte Millionen zur Verfügung gestellt werden, und dazu hat schließlich nicht bloß das mittlere und kleine französische Kapitalistenpublikum keine Neigung mehr, sondern auch die Hochfinanz fängt schon an, bedenklich zu werden. Dazu kommt, daß Rußland sich nicht mit dem französischen Gelde allein begnügt, sondern außerdem noch für seine militärischen Leistungen ähnliche Gegenleistungen von Frankreich fordert. Auf solchem Wege ist auch das Dreijahrsgesetz entstanden, zu dem sich der Präsident Poincaré bei seinem Besuche in Petersburg vor drei Jahren förmlich und feierlich verpflichten mußte. Diese Verhältnisse muß man sich vergegenwärtigen, um die psychologische Erklärung dafür zu finden, daß die französische Linke gerade im gegenwärtigen kritischen Augenblicke eine Absage an die panslawistischen Unruhestifter und ihren Pariser Häuptling, den russischen Gesandten Iswolski, gerichtet hat.

Den Radikalen und Sozialisten ist augenscheinlich die Abhängigkeit, in die Frankreich Rußland gegenüber geraten ist, zu arg geworden, und sie möchten gern mit guter Manier, ohne den Zweibund ernstlich zu gefährden, wieder etwas mehr Ellbogenfreiheit für die Republik zurückgewinnen. Zur Erreichung dieses Zieles aber brauchen sie nicht bloß einen gefügigen Ministerpräsidenten, sondern auch einen Präsidenten der Republik, der ihren Absichten zum mindesten nicht hindertlich ist. Herr Poincaré aber vertritt in ausgesprochener Weise den entgegengesetzten Standpunkt. Er ist auf die französische Vasallenschaft gegenüber Rußland, die auf der eigenen militärischen Schwäche Frankreichs und auf der ausschließlichen Orientierung der auswärtigen Politik der Republik im Sinne des Hasses gegen Deutschland beruht, geradezu eingeschworen. Das Dreijahrsgesetz insbesondere trägt den persönlichen Stempel Poincarés, und so ist es zu erklären, daß die jetzige Bewegung zugleich eine scharfe und deutlich erkennbare Spitze gegen den Präsidenten selbst richtet. Außerdem hat der Präsident auch noch eine alte Rechnung mit seinem unversöhnlichen Gegner Clémenceau zu begleichen, der die bei der Präsidentenwahl in Versailles erlittene Niederlage des radikalen Kandidaten nicht vergessen kann, und dem es die größte Genugtuung, den höchsten Triumph bereiten würde, wenn die jetzigen Schwierigkeiten zu einer Präsidentschaftskrise führten. Herr Clémenceau wird jedenfalls das Seinige tun, um diesen von ihm gewünschten Ausgang zu verwirklichen.

Nomen omen! Herrn Ribots Name ist schon einmal mit einer Präsidentschaftskrise verknüpft gewesen, und zwar im Jahre 1895, als Herr Casimir Perier sich seines Amtes als Staatsoberhaupt der dritten Republik freiwillig entkleidete, weil er nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollte, daß die zügellose Agitation des Dreyfus-Prozesses die Dinge zwischen Deutschland und Frankreich auf des Messers Schneide stellten und die Kriegsgefahr auf den höchsten Grad emportrieben. Damals übertrug der Nachfolger Casimir Periers, Felix Faure, Herrn Ribot die Neubildung des zugleich mit dem Präsidenten zurückgetretenen Kabinetts, und Herr Ribot führte sein Amt als erster Kabinettschef nach der Präsidentenkrise dreiviertel Jahr, bis ihn damals ebenso wie heute die Radikalen in die Wolfsschlucht warfen und seitdem rastlos und mit Erfolg an der Befestigung ihrer eigenen Herrschaft arbeiteten. Jetzt wittert wiederum etwas wie ein geschichtlicher Entwicklungsprozeß über Frankreich hin. Man hat das Gefühl, daß die dritte Republik vor einer schicksalsvollen Entscheidung steht, die ihr noch einmal gestatten würde, sich frei zu machen von einer unwürdigen Abhängigkeit und zu einer selbständigen Leitung ihrer Geschicke zurückzukehren. Zu einer solchen Wendung aber würde der moralische Mut einer entschlossenen Abkehr von der Revanchepolitik gegenüber Deutschland gehören. Das ist der springende Punkt der Lage, und daraus erhellt auch, daß auf keinen gründlichen Wandel der Verhältnisse zu hoffen ist. Auch eine im radikalen Sinne ausfallende Präsidentschaftskrise würde das Grundübel, woran Frankreich krankt, die Unversöhnlichkeit gegenüber Deutschland, nicht wirklich beseitigen, sondern höchstens seine Symptome soweit einschränken, als sie den Radikalen unbequem sind.

Drahtmeldungen

vom 13. Juni.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus hatte heute sehr lebhafte Geschäftsordnungsdebatten. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag des Ministeriums, daß sich das Abgeordnetenhaus vom 16. d. M. bis 10. November vertagen solle, daß aber einige Kommissionen weiter tagen sollten. Der Antrag selbst wurde angenommen. — Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** knüpfte daran die Mitteilung, daß die Mitglieder der Kommissionen die üblichen Tagegelder von 15 Mark bekommen sollten, wie es mit den Vertretern der einzelnen Parteien vereinbart worden sei. Der fortschrittliche Abgeordnete **Lippmann** gab darauf seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Antrag, auch für die Reisetage Diäten zu bewilligen, zurückgezogen sei und daß die Frage durch eine einfache Verfügung des Präsidenten erledigt werden solle. Es bedürfe dazu der Zustimmung des Hauses. — Abg. **v. Pappenheim** (kons.) erklärt dazu, er habe Herrn Lippmann nicht rechtzeitig erreicht und ihn daher von der Nichteinbringung des Antrags nicht verständigen können. — **Graf Schwerin-Löwitz** erwiderte darauf: Eine Vergewaltigung des Hauses habe ihm fern gelegen. Er habe sich wie stets mit dem Hause ins Einvernehmen gesetzt. — Abg. **Hoffmann** erwiderte: Es handle sich nicht um die zwei Reisetage, sondern um die Frage der Zuständigkeit. Das Haus habe mit der Regierung darüber zu entscheiden. Der Präsident könne nicht allein darüber verfügen. (Während der Abg. Hoffmann weiterspricht, lachen die Konservativen.) Abg. Hoffmann: Der Herr Abg. Schulze-Pelkum sollte nicht das Kommando zum Lachen geben. — Abg. Schulze-Pelkum: Ich habe kein Kommando gegeben. Ich verbitte mir solche Unverschämtheiten. — Abg. Hoffmann: Ich überlasse es den Außenstehenden, festzustellen, ob es Unverschämtheiten waren. — Präsident **Graf Schwerin-Löwitz** ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung. — Abg. Hoffmann: Abg. Schulze-Pelkum hat zuerst Unverschämtheit gerufen. Der Präsident ruft nun auch den Abg. Schulze-Pelkum zur Ordnung. Nach weiterer Debatte erklärt der Präsident, er sei bereit, die Verfügung wegen der Reisekosten dahin abzuändern, daß die Tagegelder auch für die Reisetage gezahlt werden. Damit hat sich diese Sache erledigt.

Die Geschäftsordnungskommission beantragt, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Hammer (kons.) im Privatklageverfahren wegen Beleidigung zu verweigern. — Abg. **v. Ditfurth** (kons.) beantragt dagegen, die Genehmigung zu erteilen. Der Abg. Hammer selbst wünsche das auch. Die Genehmigung wurde schließlich gegen die Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen erteilt. Dann kommt der Antrag der Sozialdemokraten zur Beratung, der, unterstützt von den Fortschrittlern, verlangt, daß ein vor dem Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte zu Leipzig gegen den Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) schwebendes Disziplinarverfahren für die Dauer der Tagung eingestellt werde. Nach längerer lebhafter Debatte wurde der Antrag der Geschäftsordnungskommission überwiesen. — Abg. **Hoffmann** (Soz.) beantragte in der Geschäftsordnungsdebatte, daß die Kommission noch heute zusammentrete, um den Antrag zu beraten. Der Präsident wurde darauf ermächtigt, die Kommissionsmitglieder zu benachrichtigen, daß sie sich bereit halten, heute oder Montag zusammenzutreten.

Dann wurde die **erste Beratung des Fideikommißgesetzes** fortgesetzt. Von den meisten bürgerlichen Rednern wurde Ausdehnung des Gesetzes auf den bäuerlichen Besitz gewünscht. Landwirtschaftsminister Freiherr **v. Schorlemer** erwiderte darauf, die Regierung erkenne die Bedeutung des bäuerlichen Besitzes an, und es scheine erwünscht, dem bäuerlichn Besitzer Gelegenheit zu geben, sein Eigentum ungeteilt auf seine Kinder zu vererben. Es komme aber nicht allein auf die Erhaltung des Grundbesitzes in den verschiedenen Größenklassen an, sondern auch darauf, die Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten. Es sei nicht möglich, die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes auf die bäuerlichen Besitzungen auszudehnen. Dazu sei das Gesetz zu kompliziert. Wenn sich aber ein bäuerlicher Besitzer dem Gesetz unterwerfe und sein Grundbesitz den Bestimmungen entspreche, dann bestehe kein Bedenken, seinen Besitz fideikommissarisch festzulegen. Im Rheinland und in Westfalen bestehe bei bäuerlichen Besitzern wenig Neigung, ihren Besitz für alle Zeiten festzulegen. Es sei wichtiger, durch weitere Ausdehnung des Anerbenrechtes den berechtigten Interessen des Bauernstandes und der Regierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete entgegenzukommen. Man werde dem Bauernstande besser helfen, wenn man dem Erblasser die Möglichkeit gibt, seinen Grundbesitz in eine Hand zu vererben. — Die Vorlage ging schließlich an eine 28er-Kommission.

Dann wurden noch einige Petitionen erledigt. Als Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz die nächste Sitzung auf Dienstag 11 Uhr anberaumte mit der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Einstellung des Disziplinarver-